

Kurzbericht

öffentlicher Teil

19. Sitzung – Gesundheits- und Familienpolitischer Ausschuss

28. Januar 2026 – 14:03 bis 14:14 Uhr

Anwesende:

Vorsitz: Sandra Funken (CDU)

CDU

Sabine Bächle-Scholz
Dr. Ralf-Norbert Bartelt
Stefanie Klee
Max Schad

AfD

Gerhard Bärsch
Arno Enners

SPD

Nadine Gersberg
Matthias Körner
Dr. Daniela Sommer (Waldeck-Frankenb.)

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Kathrin Anders
Marcus Bocklet
Christoph Sippel

Freie Demokraten

Yanki Pürsün

Weitere Anwesende:

Ministerin Diana Stolz, Staatssekretärin Dr. Sonja Optendrenk, Vertreterinnen und Vertreter der Staatskanzlei, der Ministerien sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fraktionen und der Landtagskanzlei.

Die Liste aller Anwesenden liegt der Ausschussgeschäftsführung vor.



- 1. Große Anfrage**
Volker Richter (AfD), Gerhard Bärsch (AfD), Arno Enners (AfD), Robert Lambrou (AfD) und Dr. Frank Grobe (AfD)
Geburtshilfe in Hessen zwischen Strukturabbau, Kaiserschnittquote und Hebammenmangel
– Drucks. [21/3311](#) zu Drucks. [21/2485](#) –

Beschluss:

GFA 21/19 – 28.01.2026

Der Gesundheits- und Familienpolitische Ausschuss hat die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage abschließend zur Kenntnis genommen. Auf Wunsch der AfD-Fraktion fand keine Aussprache statt.

- 2. Große Anfrage**
Gerhard Bärsch (AfD), Volker Richter (AfD), Robert Lambrou (AfD), Arno Enners (AfD), Dr. Frank Grobe (AfD) vom 19.08.2025
Teilnahme an den kinderärztlichen Vorsorgeuntersuchungen in Hessen – Hürden, Entwicklungen, Maßnahmen
– Drucks. [21/3352](#) zu Drucks. [21/2533](#) –

Beschluss:

GFA 21/19 – 28.01.2026

Der Gesundheits- und Familienpolitische Ausschuss hat die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage abschließend zur Kenntnis genommen. Auf Wunsch der AfD-Fraktion fand keine Aussprache statt.

3. Antrag
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Hebammenhilfvertrag – Geburtshilfe in Hessen sichern und stärken
– Drucks. [21/3156](#) –

Abgeordnete **Kathrin Anders**: Wie auch schon im Plenum erwähnt, ist das Thema des neuen Hebammenhilfvertrags auch in Hessen sehr aktuell. Einige Beleghebammen und Belegstationen haben bereits gekündigt oder müssen jetzt in andere Anstellungsverhältnissen übernommen werden, was nicht nur mit erheblichen Kosten, sondern auch mit Change-Management in den Kliniken begleitet werden muss. Das sind große Umbrüche für diese Kliniken. Ich glaube, auch gerade die Antworten auf die Große Anfrage machen sehr deutlich, dass die Kliniken eher mehr Unterstützung brauchen als weniger. Ich weise auf die die extrem hohe Kaiserschnitttrate hin, die wir mittlerweile haben. In 15 Kliniken liegt diese bei über 35 %. Selbst wenn wir die Level-1-Zentren mit Risikogeburten abziehen, sind es immer noch sieben Kliniken, die eine extrem hohe Kaiserschnitttrate haben.

Ich möchte der Aussage aus der Großen Anfrage widersprechen, dass dies alles medizinisch indiziert sei. Das sei nicht so. Fachleute und Fachgesellschaften sind sich einig, dass lediglich 10 % aller Kaiserschnitte medizinisch indiziert sind und 90 % aller Kaiserschnitte zu verhindern wären, wenn ausreichend Personal vorhanden und gut ausgebildet ist sowie die Kliniken genügend Zeit und Geld haben. Das haben sie im Bereich der Geburtshilfe nicht. Deswegen, glaube ich, ist es auch wichtig, dass die Landesregierung hier tätig wird.

Die Geburtshilfe war im Sozialbudget abgesichert. Wir stellen fest, dass das nun gekürzt wird. Wir sind der Meinung, dass diese Kürzung nicht stattfinden sollte, dass sie zurückgenommen werden sollte, um Kliniken vor Ort zu unterstützen. Das kann auf vielfältige Weise geschehen. Das muss nicht unbedingt politisch vorgegeben werden, sondern das sollte vielleicht auch am Runden Tisch besprochen werden, wie dieses Geld eingesetzt werden kann. Die Kliniken, die jetzt in der Umbruchphase sind, von einem Belegsystem auf festangestellte Hebammen umzustellen, stehen auf jeden Fall vor großen Herausforderungen, auch finanzieller Art.

Wir sehen großen Handlungsbedarf, und bitten deswegen um Zustimmung für diesen Antrag.

Abgeordnete **Dr. Daniela Sommer (Waldeck-Frankenberg)**: Wir hatten schon die Debatte im Plenum. Einige der Punkte – das wisst Ihr selbst – können wir auf Landesebene nicht behandeln, weil die Zuständigkeit auf Bundesebene liegt. Ich möchte nur noch einmal sagen, dass der Runde Tisch in Hessen gut funktioniert, dass die Niederlassungsförderung gut funktioniert.

Zu der Haushaltsdebatte. Wir hatten erst die cursorische Lesung. Das ist keine Kürzung, sondern die Mittel sind dem Bedarf angepasst worden. Das möchte ich klarstellen.

Ich glaube, dass wir alle Interesse daran haben, dass Hebammen in Hessen gute Rahmenbedingungen vorfinden. Wenn wir am Hebammenhilfevertrag beteiligt gewesen wären, hätten wir das Eine oder Andere gemeinsam sicher anders auf den Weg gebracht. Das möchte ich hier auch klar und deutlich sagen. Was uns in Hessen eint, ist aber, dass wir für alle Mütter und Kinder eine gute Umgebung und gute Möglichkeiten für eine sichere sowie natürliche Geburt haben wollen. Dazu haben wir uns auch im Koalitionsvertrag bekannt. Wir wollen das Hessenstipendium für Hebammen. Wir wollen stärkere Nachwuchsgewinnung, bessere Ausbildungsbedingungen und die Beschlüsse des Runden Tisches umsetzen. Wir wollen auch weiter von Hebammen geleitete Kreißsäle unterstützen. Das tut Hessen bereits. Wir wollen weiter daran arbeiten, um so die Angebote zur Geburt sowie zur Vor- und Nachsorge stärken. Wir wissen, dass das momentan schwierig ist, aber dadurch, dass es den Runden Tisch gibt, ist die Hessische Landesregierung ganz nah an den Bedürfnissen dran und versucht, all das, was dort beschlossen und besprochen wird, umzusetzen.

Beschluss:

GFA 21/19 – 28.01.2026

Der Gesundheits- und Familienpolitische Ausschuss empfiehlt dem Plenum, den Antrag abzulehnen.

(CDU, SPD, Freie Demokraten gegen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Enthaltung AfD)

Zuvor kam der Ausschuss einvernehmlich überein, den Antrag in öffentlicher Sitzung zu beraten.

Berichterstattung: Dr. Daniela Sommer (Waldeck-Frankenberg)

Beschlussempfehlung: Drucks. [21/3513](#)

(Ende des öffentlichen Teils der Sitzung: 14:14 Uhr –
Weiter mit nicht öffentlichem Teil)

Wiesbaden, 5. Februar 2026

Protokollführung:

Vorsitz:

Silvia Hoffmann

Sandra Funken